

## Selbstauskunft und Einverständniserklärung zum Schufa-Verfahren

Sehr geehrte Antragstellerin,  
sehr geehrter Antragsteller,

diese Selbstauskunft dient der Bank als Prüfungsunterlage. Sie gibt Anhaltspunkte für die Beurteilung von Leistungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit.

Bitte beachten Sie, dass nur ein vollständig ausgefülltes Formular Rückfragen vermeidet und so die Antragsbearbeitung in Ihrem Interesse beschleunigt.

Die Berücksichtigung der nachstehenden Erläuterungen erleichtert Ihnen das Ausfüllen des Formblatts. Sollte der vorgegebene Raum nicht ausreichen, bitten wir Sie, ergänzende Angaben auf einem Beiblatt vorzunehmen und im Vordruck darauf hinzuweisen.

Gestatten Sie uns folgenden Hinweis: Ein Teil der in der Selbstauskunft geforderten Angaben sind nicht zwingend erforderlich. Näheres entnehmen Sie bitte ebenfalls den nachstehenden Erläuterungen.

**Bitte füllen Sie nur die gelben Felder des Vordrucks aus bzw. kreuzen Sie an.**

- 1** Angaben zur Behinderung sind nur dann erforderlich, wenn diese unmittelbar oder mittelbar von Bedeutung sind (z. B. Anspruch auf erhöhte und / oder zusätzliche Fördermittel, Erhöhung der förderfähigen Wohnfläche).
- 2** Der Name und die Anschrift des Arbeitgebers/Unternehmens ist grundsätzlich freiwillig anzugeben. Sollten die vorgelegten Nachweise nicht ausreichend und Auskünfte des Arbeitgebers erforderlich sein, so ist die Angabe auf nachträgliche Anforderung unabdingbar.
- 3** Die Angabe zur Dauer des Beschäftigungsverhältnisses (Jahre, Monate) beschränkt sich auf den gegenwärtigen Arbeitgeber und ist nicht zwingend erforderlich. Eine evt. Befristung des Arbeitsverhältnisses ist aber unbedingt anzugeben.
- 4** Bitte fügen Sie folgende Einkommensnachweise bei:
  - a) bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit die letzten zwei Einkommensteuerbescheide, Renten- und Kindergeldbescheid oder sonstige Unterlagen (mindestens die in der jeweilige Checkliste zum Antrag genannten Unterlagen),
  - b) bei Einkünften aus selbständiger Arbeit, einem Gewerbebetrieb oder aus der Landwirtschaft die vollständigen letzten zwei Jahresabschlüsse oder steuerrechtlichen Gewinnermittlungen - jeweils bestätigt z. B. vom Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer - sowie die letzten zwei Einkommensteuerbescheide und die vom Steuerberater bestätigten Einkommensteuererklärungen der letzten zwei Jahre,
  - c) wenn Sie Ihre Einkünfte als Geschäftsführer(in) eines Unternehmens erzielen, an dem Sie und/oder Ihr Ehegatte beteiligt sind, ebenfalls die vollständigen letzten zwei Jahresabschlüsse des betreffenden Unternehmens - bestätigt z. B. vom Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer - sowie die letzten zwei Einkommensteuerbescheide und die vom Steuerberater bestätigten Einkommensteuererklärungen der letzten zwei Jahre.
  - d) bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung füllen Sie bitte die Anlage zur Selbstauskunft aus.
- 5** Anzugeben sind Ausgaben zur laufenden Unterhaltung des Grundstücks, zur Vornahme notwendiger Instandsetzungsarbeiten und zur Befriedigung von Ansprüchen, die bei einer Zwangsvollstreckung in das Grundstück dem Anspruch des Gläubigers nach § 10 ZVG (Gesetz über Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 24.03.1897 (RGBl. S. 97) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20.05.1898 (RGBl. S. 713), zuletzt geändert durch die Verordnung zur Ersetzung von Zinssätzen vom 05.04.2002 (BGBl. L., S. 1250)) vorgehen würden.

Zur laufenden Unterhaltung des Grundstücks gehören z. B. Kehrrichtabfuhr- und Straßenreinigungsgebühren, Wassergeld, Feuerversicherung, Fahrstuhlunterhaltung, Gas- und Elektrizitätskosten, Pfortnerlöhne, Sammelheizung, Treppenbeleuchtung und Anliegerbeiträge.

Unter den nach § 10 ZVG abzugsfähigen Kosten sind u.a. öffentliche Lasten, insbesondere Grundsteuer zu verstehen.
- 6** Die Angaben zu den Vermögensverhältnissen haben ohne Berücksichtigung von Grundstück und Eigenmitteln für das geplante Bauvorhaben zu erfolgen. Sie sind durch entsprechende Nachweise zu belegen oder durch einen Steuerberater zu bestätigen.
- 7** Anzugeben sind z. B. Pfändungen, eidesstattliche Versicherung gem. § 807 Zivilprozessordnung (ZPO), Haftandrohung zur Erzwingung der eidesstattliche Versicherung, evtl. auch Verfahren nach der Insolvenzordnung (InsO) oder die Abwicklung außergerichtlicher Einigungen zur Schuldenbereinigung im Sinne von § 305 Abs. 1 Nr. 1 InsO. Bestehen hieraus noch Verpflichtungen, sind diese ebenfalls anzugeben.

## A. Persönliche Angaben der Antragsteller

### 1. Antragstellerin/Antragsteller

Name, Vorname (ggf. abweichender Geburtsname)		geb. am	Geburtsort
Straße, Hausnummer		Staatszugehörigkeit	
PLZ	Ort	Tel. privat/dienstlich	Fax bzw. E-Mail

#### Familienstand:

ledig  verheiratet  verheiratet und getrennt lebend  geschieden  verwitwet verheiratet seit

#### Güterstand:

gesetzlicher Güterstand  Gütertrennung  Gütergemeinschaft

### 1. Bankverbindung:

Name und Ort des Kreditinstitutes	Kontoinhaber
BLZ	Kto.-Nr.

### 2. Bankverbindung:

Name und Ort des Kreditinstitutes	Kontoinhaber
BLZ	Kto.-Nr.

1

#### Behinderung:

Art/Grad der Behinderung und Kennzeichen lt. Behindertenausweis

#### Beruf/Branche:

Beruf/Branche:

Selbständig:  nein  ja seit

Gesellschafter/  
Geschäftsführer  nein  ja

2

Name und Anschrift des Arbeitgebers/des Unternehmers

3

Wie lange dort beschäftigt?

öffentlicher Dienst  nein  ja Arbeitsvertrag ist befristet  nein  ja, bis:

### 2. Ehe-/Lebenspartner

Name, Vorname (ggf. abweichender Geburtsname)		geb. am	Geburtsort
Straße, Hausnummer		Staatsangehörigkeit	
PLZ	Ort	Tel. privat/dienstlich	Fax bzw. E-Mail



**B. Wirtschaftliche Verhältnisse** (Bitte jeweils Nachweise beifügen)

4

<b>1. Monatliche Nettoeinnahmen</b>	Antragsteller/-in	Ehe-/Lebenspartner
	- Euro -	- Euro -
aus nichtselbständiger Tätigkeit		
aus selbständiger Tätigkeit		
aus Kindergeld		
aus Renten		
aus Vermögen		
aus Vermietung und Verpachtung (Nettomiettertrag)		
aus sonstigen Einkünften		
<b>Summe aller Nettoeinnahmen</b>		

5

<b>2. Monatliche Ausgaben</b>	Antragsteller/-in	Ehe-/Lebenspartner
	- Euro -	- Euro -
private Kranken- u. Pflegeversicherung		
freiwillige Rentenversicherung		
sonstige Versicherungen (z. B. Lebens- und Unfallversicherung)		
Haushaltskosten (z. B. TV, Telefon, Lebensmittel, Kfz)		
sonstige Ausgaben (z. B. Unterhalt, Beiträge f. Kindereinrichtungen, Schulgeld, Mitgliedsbeiträge u. ä.)		
Kapitaldienste (Zinsen, Tilgung)		
Leasingraten		
Wohnnebenkosten		
Kaltmiete		
Bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung: notwendige Ausgaben zur Erhaltung u. Instandsetzung des Miet-/Pachtobjektes		
<b>Summe aller Ausgaben</b>		

<b>3. Frei verfügbare Beträge</b>	Antragsteller/-in	Ehe-/Lebenspartner
	- Euro-	- Euro -
Summe aller Nettoeinnahmen abzüglich Summe aller Ausgaben		

Die unter Ziffer 1. aufgeführten sonstigen Einkünfte setzen sich wie folgt zusammen:

Art: 1.   Euro

2.   Euro

### C. Vermögensverhältnisse

(Bitte jeweils Nachweise beifügen)

6

<b>1. Vermögen (Euro)</b>	Antragsteller	Antragstellerin
	akt. Zeit-/Kurswert	akt. Zeit-/Kurswert
Grundstücke u. Gebäude (hier: <b>Verkehrswert</b> )		
dingliche Sicherheiten (z. B. Hypothek, Grundschuld)		
Geldvermögen (einschließl. Giro-, Ter- min-, Spar- u. Bauspareinlagen)		
Bausparguthaben		
Wertpapiere (z. B. festverzinsliche Wert- papiere und Aktien)		
Beteiligungen (z. B. Gesellschafteranteile)		
Kapitalversicherungen (Rückkaufswerte)		
sonstige Vermögenswerte:		
a)		
b)		

<b>Summe aller Vermögenswerte</b>		
-----------------------------------	--	--

<b>2. Verbindlichkeiten (Euro)</b>	Antragsteller/-in	Ehe-/Lebenspartner
	Restschuld	Restschuld
Darlehensverbindlichkeiten für Immobilien		
sonstige Kreditverbindlichkeiten		
Leasingverbindlichkeiten		
Eventualverbindlichkeiten		
sonstige Verbindlichkeiten:		
a)		
b)		

<b>Summe aller Verbindlichkeiten</b>		
--------------------------------------	--	--

### 3. Reinvermögen (Euro)

--	--

#### 4. Angaben zu laufenden gerichtlichen Mahnverfahren, gegenwärtig eingeklagten Forderungen sowie zu laufenden oder früheren Zwangsvollstreckungsmaßnahmen und/oder eidesstattlichen Versicherungen

D. Ich versichere/Wir versichern hiermit, dass die vorstehenden Angaben **vollständig und wahr** sind.

Ich/Wir ermächtige(n) unwiderruflich Behörden sowie Dritte zur jederzeitigen Auskunftserteilung an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt über meine/unsere Verhältnisse und die des eventuellen Pfandobjektes. Ich/Wir willigen daher ein, dass die Investitionsbank Sachsen-Anhalt ohne meine/unsere vorherige Zustimmung im Einzelfall bei Steuer- oder sonstigen Behörden, Kreditinstituten und anderen Stellen, insbesondere beim jeweiligen Arbeitgeber oder Steuerberater, Auskünfte über meine/unsere Einkommens- und Vermögensverhältnisse einholt. Die Auskunftseinholung der Investitionsbank bei Kreditinstituten kann sich auf sämtliche Informationen der laufenden Geschäftsverbindung erstrecken. Eingeschlossen sind insbesondere Abfragen aktueller Restvaluten, Fragen nach der Bedienung laufender Zahlungsverpflichtungen sowie nach eventuellen Zahlungsrückständen. Insoweit befreie(n) ich/wir das jeweilige Kreditinstitut gegenüber der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vom Bankgeheimnis. Im Gegenzug ist die Investitionsbank Sachsen-Anhalt verpflichtet, mir/ uns auf Verlangen Auskunft zu erteilen, von welchen Stellen Auskünfte angefordert worden sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Investitionsbank Sachsen-Anhalt gehalten ist, meine/unsere vorstehenden Angaben zu prüfen und dass hierfür die Einholung einer SCHUFA-Auskunft erforderlich ist. Mit der Einholung dieser Auskunft erkläre(n) ich mich/wir uns einverstanden.

Ich/Wir willige(n) ein, dass die Investitionsbank Sachsen-Anhalt der SCHUFA HOLDING AG, Hagenauer Straße 44, 65203 Wiesbaden, Daten über die Beantragung, die Aufnahme (Kreditnehmer, Kreditbetrag, Laufzeit, Ratenbeginn) und vereinbarungsgemäße Abwicklung (z. B. vorzeitige Rückzahlung, Laufzeitverlängerung) dieses Kredites übermittelt.

Unabhängig davon wird die Investitionsbank Sachsen-Anhalt der SCHUFA auch Daten aufgrund nicht vertragsgemäßen Verhaltens (z. B. Forderungsbetrag nach Kündigung) übermitteln. Diese Meldungen dürfen nach dem Bundesdatenschutzgesetz nur erfolgen, soweit dies nach der Abwägung aller betroffenen Interessen zulässig ist.

Insoweit befreie(n) ich/wir die Investitionsbank Sachsen-Anhalt zugleich vom Bankgeheimnis.

Die SCHUFA speichert und übermittelt die Daten an ihre Vertragspartner im EU-Binnenmarkt, um diesen Informationen zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von natürlichen Personen zu geben. Vertragspartner der SCHUFA sind vor allem Kreditinstitute sowie Kreditkarten- und Leasinggesellschaften. Daneben erteilt die SCHUFA auch Auskünfte an Handels-, Telekommunikations- und sonstige Unternehmen, die Leistungen und Lieferungen gegen Kredit gewähren. Die SCHUFA stellt personenbezogene Daten nur zur Verfügung, wenn ein berechtigtes Interesse hieran im Einzelfall glaubhaft dargelegt wurde. Zur Schuldnerermittlung gibt die SCHUFA Adressdaten bekannt. Bei der Erteilung von Auskünften kann die SCHUFA ihren Vertragspartnern ergänzend einen aus ihrem Datenbestand errechneten Wahrscheinlichkeitswert zur Beurteilung des Kreditrisikos mitteilen (Score-Verfahren).

Ich kann/Wir können Auskunft bei der SCHUFA über die mich/uns betreffenden gespeicherten Daten erhalten. Weitere Informationen über das SCHUFA-Auskunfts- und -Score-Verfahren enthält ein Merkblatt, das auf Wunsch von der SCHUFA zur Verfügung gestellt wird. Die Adresse der SCHUFA lautet:

SCHUFA HOLDING AG, Postfach 10 21 66, 44721 Bochum.

Ort, Datum
Name, Vorname (bitte in Druckbuchstaben)
Unterschrift des/der Antragsteller/s

Ort, Datum
Name, Vorname (bitte in Druckbuchstaben)
Unterschrift des Ehe-/Lebenspartners

Anlage zur Selbstauskunft

**Aufstellung Haus- und Grundbesitz**

<b>A. Vorhandener Haus- und Grundbesitz</b>													
lfd. Nr.	Eigentümer 1)	Objekte Lage (Ort, Straße)	Objektart 2) 3)	Anzahl WE/ G/U in m <sup>2</sup> 3)	Verkehrswert - TEUR - 4)	Verkehrswert- ermittlung 4)	Darlehens- valuta - TEUR - 5)	Mietein- nahmen - TEUR - 5) (*)	Aufwendungs- subventionen - TEUR - 6) (*)	Zinsen - TEUR - 7) (*)	Tilgung - TEUR - 8) (*)	sonstige Kosten - TEUR - 9) (*)	Steuerl. Afa - TEUR - 10) (*)
	1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1													
2													
3													
4													
5													
6													
7													
8													
<b>Summe</b>													
<b>B. Zu erwerbende Objekte, bei denen öffentliche oder nicht öffentliche Mittel im Rahmen von Schuldnerwechseln übertragen werden</b>													
					Kaufpreis	Plandaten			Plandaten				
1													
2													

- Abkürzungen:
- |   |                           |  |
|---|---------------------------|--|
| 1) EL = Eheleute gemeinschaftlich/ideell  | 3) G = Gewerbeobjekt      | 5) Ohne Einnahmen aus Umlagen  |
| A = Antragsteller                         | U = unbebautes Grundstück |  |
| E = Ehegatte (ggf. Anteile aufschlüsseln) |                           |  |
| 2) g = geförderte Wohneinheiten           | 4) A = Anschaffungskosten | 6) Disagien, Reparaturen, Instandhaltungskosten (ohne umlagefähige Aufwendungen) |
| f = freifinanzierte Wohneinheiten         | H = Herstellungskosten    |  |
| e = eigengenutztes Objekt                 | S = Sachwert              |  |
|   | E = Einheitswert          |  |
|   | ER = Ertragswert          |  |

(\*) Angaben für die Spalten 7 – 9, 11 und 12 entnehmen Sie bitte Anlage V Ihrer Einkommenssteuererklärung